

Mirjam Sachse

Zwischen Hungerrevolten und „Freiwilliger Nahrungsmittelpolizei“

Der lange Weg der proletarischen Frauen zur „Novemberrevolution“

In vielen historischen Überlieferungen und Analysen der Revolution von 1918/19 sind die Perspektive(n) der Frauen, ihr Anteil am Geschehen, ihre Rolle auch im dramatischen Teil der Revolution nicht enthalten. Arg verkürzt könnte aus diesen ebenfalls verkürzten Darstellungen folgender Gesamteindruck haften bleiben: Gleich zu Beginn des Ersten Weltkrieges strömt die Gesamtheit der deutschen Frauen – unabhängig von Herkunft und politischer Haltung, denn so wollte es ja der deutsche Kaiser in seiner Ansprache vor den Reichstagsabgeordneten vom 4. August 1914 – in den „Nationalen Frauendienst“ und in die Rüstungsfabriken. Dort stand die deutsche Frau – zumal die deutsche Proletarierin – dann den Krieg hindurch „ihren Mann“, denn der ihrige stand „im Felde“. Und nachdem der Krieg doch nicht wie erhofft bereits Weihnachten 1914 siegreich beendet war, hatten die Frauen genug Zeit, sich endlich auch in denjenigen Berufen zu bewähren, die ihnen bis dahin verschlossen gewesen waren – weshalb Ihnen am Ende zur Belohnung das Frauenwahlrecht winkte.

Doch es gab auch die nur allzu leicht von der Geschichtsschreibung vergessenen Kriegsgegnerinnen, die Antimilitaristinnen und Internationalistinnen, die „weiblichen Liebknechts“, die die Konsequenzen nicht scheuten – eine Minderheit, gewiss, aber eine unbequeme. Ihr Kampf gegen den Krieg begann zaghaft, der für die Revolution noch zaghafter. Auch ohne diesen Umstand wäre die Analyse zeitgenössischer Dokumente schon schwierig genug. Denn indem sich die Geschichte der „Novemberrevolution“ vorrangig in stark zensierten Presseberichten, polizeilichen Geheimberichten, Tagebucheinträgen, Protokollen politischer Gremien oder revolutionären Flugblättern, die oft gänzlich auf die Ansprache der Frauen verzichteten, widerspiegelt, ist der weiblichen Anteil in und an all diesen Dokumenten schwer zu greifen bzw. nicht vorhanden. Polizei- und Zeitungsberichte beschreiben zwar den Verlauf und vor allem die Anzahl der an einer Demonstration beteiligten Personen – wie z.B. der vom 18. März 1915 und der vom 28. Mai 1915 vor dem Reichstagsgebäude –, doch auch dies je nach Zielsetzung sehr unterschiedlich.

Während Polizei-Leutnant Höpfner vom 3. Berliner Polizeirevier die Demonstration vom 18. März 1915 betreffend bewusst von „nur“ 200 Frauen (nachmittags um 13.15 Uhr, auf dem Bürgersteig vor dem Gebäude auf den Abgeordneten Karl Liebknecht wartend, sich sehr ruhig verhaltend und sich schließlich – nachdem sie dem ankommenden Karl Liebknecht durch Zuwinken und Zurufen ihre Unterstützung bekundet hatten, unauffällig entfernend)

berichtet¹, schrieb die „Gruppe Internationale“ über dieselbe Demonstration, dass bei dieser sich spontan ca. 500 Personen zusammengefunden hätten, um für den Frieden und gegen die Teuerung zu protestieren. Noch beeindruckender sei aber die Protestaktion am 28. Mai gewesen, bei der 1.500 Personen, meist Frauen, „außerordentlich wirkungsvoll“² demonstriert, die Zensurbehörden aber sofort jede Berichterstattung darüber verboten hätten. Unter den ca. 24 verhafteten Personen hatten diesmal sich nicht ganz so ruhig verhaltende Frauen befunden – ideal für die Statuierung eines Exempels, wenn die Behörden ansonsten auch eher darauf achteten, die Beteiligung an diesen Demonstrationen und damit deren Bedeutung herunterzuspielen. Denn es waren ausgesprochen mutige Frauen, die bereits Anfang 1915, also noch zur Hochzeit der allgemeinen Kriegsbegeisterung, für den Frieden auf die Straße gingen. Vor allem aber waren es politisch aufgeklärte Frauen. Eine Eigenschaft, die denjenigen Frauen, die später an den Hungerkrawallen teilnahmen, nicht so ohne weiteres zugestanden werden kann. Erst als sich die deutschen Frauen wie zuvor die Frauen am 8. März 1917 in Petrograd für „Brot, Frieden und Freiheit“³ einsetzten, wurde deutlich, dass auch ihre Mehrheit nicht mehr daran glaubte, das eine wäre ohne das andere zu erlangen. Diese alles entscheidende Erkenntnis – die ja zur Revolution führen musste – wurde den Sozialdemokratinnen jedoch ausgerechnet von ihren leitenden Genossinnen von Beginn an sehr schwer gemacht.

Zerrissenheit der sozialdemokratischen Frauenbewegung

Gleich zu Beginn des Ersten Weltkrieges nämlich übernahm es die Vertreterin im SPD-Parteivorstand – Luise Zietz – angesichts eines existenzbedrohenden Mitglieder- und Beitragsschwunds, die Frauen für den „Nationalen Frauendienst“ zu werben, denn wie die männlichen Genossen, so sollten auch die Genossinnen nicht in den Ruch kommen, „vaterlandslose Gesellinnen“ zu sein. Ihr politisches Wirken lässt sich gut anhand ihrer in der sozialistischen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ (1891-1923) veröffentlichten Artikel untersuchen, denn in diesem Parteiorgan und Sprachrohr der SPD-Frauen, warb sie für die notwendigen fürsorgerischen Tätigkeiten und „Hilfsaktionen“. Indem dort auch solcherlei Artikel erschienen, spiegelt die „Gleichheit“ zwar nicht den blinden Hurrapatritismus des bürgerlichen Deutschlands wider, aber durchaus die Zerrissenheit der sozialistischen Frauenbewegung. Auch Zietz selber ist ein Beispiel für diese Zerrissenheit zwischen Bekenntnis zum internationalen Sozialis-

¹ Polizei-Leutnant Höpfner (3. Polizeirevier), Frauendemonstration vor dem Reichstagsgebäude am 18. März 1915, in: Gisela Brinker-Gabler (Hrsg.), Frauen gegen den Krieg, Frankfurt am Main 1980, S. 148.

² Bericht der Gruppe Internationale: Frauendemonstration vor dem Reichstagsgebäude am 28. März 1915, in: Ebd., S. 149-150, hier S. 149.

³ Florence Hervé, Zehn Tage, die das Leben der Frauen verändern, in: dies. (Hrsg.), Brot & Rosen. Geschichte und Perspektiven der demokratischen Frauenbewegung, Frankfurt am Main 1979, S. 109-118, hier S. 111. Nicht umsonst war es ausgerechnet dieser Internationale Frauentag, der zur Festsetzung eines jährlichen Termins herangezogen wurde.

mus und nationalem Zugehörigkeitsgefühl – sie entscheidet sich später aber schließlich für den Eintritt in die USPD. Clara Zetkin – konsequent in ihrer antimilitaristischen und internationalistischen Haltung und dafür im Mai 1917 durch den SPD-Parteivorstand aus der Redaktion der „Gleichheit“ entlassen – versuchte dagegen, ihren Leserinnen von Beginn an deutlich zu machen, dass die Wahl zwischen „russische[m] Henkerzarismus“⁴ und „österreichisch-ungarische[m] Imperialismus“⁵ für sie nur die Wahl zwischen Pest und Cholera war, standen beide doch letztlich „für den Gold- und Machthunger der fühl- und gewissenlosen Großgrundbesitzer und Großkapitalisten“⁶. Zetkin rief jetzt, da die Zensur noch Gelegenheit dazu ließ, zu Straßendemonstrationen auf: „Das gewaltige Friedensgebot der arbeitenden Massen muß in den Straßen das mordpatriotische Geschrei zum Schweigen bringen. Und wo zwei oder drei ausgebeutete Männer und Frauen versammelt sind, da muß der Abscheu gegen den Krieg, der Wille zum Frieden unter ihnen sein. [...] Proletarische Frauen, seid bereit!“⁷ Neben allem Pathos einer politischen Redakteurin beweist Zetkin, die bereits 1914 in ihren Schriften den Begriff des „Weltkriegs“⁸ verwendete, hier wie auch in ihrer Reichstagsrede 1932 gegen den Faschismus eine besondere Fähigkeit zur politischen Analyse.

Wie anders ist dagegen die Position Zietz'. Als SPD-Parteifunktionärin war es ihre Aufgabe, die Frauen auf der Parteilinie des „Burgfriedens“ zu halten, weshalb sie den Internationalismus aber nicht ganz verleugnen mochte: „Während die Soldaten im Felde Riesenopfer bringen, können sie von denen in der Heimat und insbesondere von ihren Frauen eines fordern: daß diese alles tun, damit die Angehörigen der Krieger, die Kinder, Eltern, Geschwister und nicht zuletzt das eigene Weib gesund an Körper und Geist erhalten bleiben. Und darum haben wir auch Sorge zu tragen, daß der Geist der Roheit, der Barbarei, der Völkerverhetzung keine Stätte in den Familien der Volksmassen findet. Die Mütter sollten ihren Kindern wieder und wieder sagen, daß die Russen, die Franzosen und die Engländer, die im Kriege den Deutschen und Österreichern gegenüberstehen, nichts anderes tun, als das was diese ihnen tun, daß auch sie ebenso wenig wie wir den Krieg gewollt haben, und daß sie ebenso wie unsere Krieger in dem Glauben kämpfen, ihr Vaterland mit Aufbringung aller Kräfte verteidigen zu müssen.“⁹

⁴ Proletarische Frauen, seid bereit!, in: Die Gleichheit, 24.1914/15, H. 23, S. 353-354, hier S. 353.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd., hier S. 354.

⁸ Zur Entwicklung, Verwendung und Bedeutung des „Weltkrieg“-Begriffs, seiner Eurozentriertheit und Abgrenzung zum in anderen Ländern üblicheren Begriff des „großen Krieges“ siehe Oliver Janz, Der Erste Weltkrieg als Weltkrieg. Globale Perspektiven auf die Jahre 1914-1918. http://www.deutschlandfunk.de/geschichte-der-erste-weltkrieg-als-weltkrieg.1184.de.html?dram:article_id=279368 (letzter Seitenbesuch: 01.06.2018).

⁹ Luise Zietz, Frauenversammlungen während des Kriegs, in: Die Gleichheit, 25.1914/15, H. 8,

Was nutzt jedoch die ganze Empathie für die gegnerischen Soldaten, wenn daraus nur Mitleid für deren Familien, aber kein konsequentes Handeln erfolgt? Immerhin klingt hier mit dem Begriff der „körperlichen Gesunderhaltung“ schon an, wo revolutionärer Sprengstoff liegen könnte und was schließlich zum zweiten zentralen Thema der politischen Arbeit für Zietz wurde: die Lebensmittelversorgung. Die Mehrheitssozialdemokraten spekulierten mit Durchhaltetaktik und „Burgfrieden“ auf Reformen statt auf Revolution. Und so waren es andere Spekulanten, die Lebensmittelspekulanten, die drohten, ihnen einen Strich durch diese Rechnung zu machen.¹⁰

„Teuerung“ – „Preiswucher“ – „Lebensmittelspekulation“

Die Versorgung mit Lebensmitteln zu Kriegszeiten offenbart die ganze Ungerechtigkeit einer Klassengesellschaft wie sie ja eigentlich schon zu Friedenszeiten besonders das Leben der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Besitzlosen und Benachteiligten beeinträchtigt hatte. Zwar sind es erneut weniger die sozialistischen Grundsätze von Gleichberechtigung und zukünftiger klassenloser Gesellschaft, die Zietz zu motivieren scheinen, aber sie findet trotzdem deutliche Worte: „Nicht allein die Rücksichtnahme auf Wohlergehen, Leben und Gesundheit der Besitzlosen erfordert ein kräftiges Einschreiten gegen dieses böse Treiben, sondern ebenso sehr das Interesse der Gesamtheit. Diese kann und darf nicht leichten Herzens zusehen, wie durch steigende Unterernährung ihre Arbeitskräfte geschädigt und der junge Nachwuchs in der Entwicklung gehemmt wird; ganz abgesehen von dem moralischen Schaden, der entsteht, wenn sich im Volksbewußtsein die Vorstellung festsetzt, daß die Lebensmittelwucherer ungehindert, wenn auch hier und da etwas gehemmt, ihr Handwerk fortsetzen können.“¹¹ Sie fordert auf, gegen diese Begleiterscheinungen des Krieges „die Geißel der Kritik“¹² zu schwingen und dem Reichstag Druck zu machen, denn „[e]s wäre ein nicht wieder gutzumachender Fehler, der schlimme, noch gar nicht übersehbare Folgen zeitigen müßte, wenn das Parlament die Volksmassen enttäuschen würde“.¹³ Eine gut verpackte Drohung? Immerhin sind es die dann in der „Gleichheit“ fortwährend erscheinenden Begriffe wie „Teuerung“, „Preiswucher“ und „Lebensmittelspekulation“, die für

S. 42-43, hier S. 43. Hervorhebungen im Original.

¹⁰ Tatsächlich beschäftigte sich Zietz häufiger mit dem Problem der Lebensmittelversorgung. Bereits am 10. März 1915 wandte sie sich mit einer Petition den Lebensmittelwucher betreffend an den Reichstag (vgl. Die Gleichheit, 25.1914/15, H. 17, S. 105) und auch in dem Artikel „Ein Notschrei der Frauen an die Behörden (Die Gleichheit, 26.1915/16, H. 4, S. 25-26) geht es darum. In Zusammenhang mit den von Zietz verfassten und in der „Gleichheit“ erschienenen Artikeln bin ich auf keine antisemitischen Ressentiments gestoßen. Der Themenkomplex Wucher, Spekulation, proletarische Frauenbewegung, „Dolchstoßlegende“ und Antisemitismus wäre aber sicherlich eine eigene Untersuchung wert.

¹¹ Luise Zietz, Die Frauen rufen den Reichstag an, in: Die Gleichheit, 25.1914/15, H. 25, S. 166-167, hier S. 166.

¹² Ebd.

¹³ Ebd., hier S. 167.

die von Zietz erwähnte „Geißel der Kritik“ stehen und die die Leute auf die Straßen treiben könnten. Und obwohl diese Begrifflichkeiten von der strengen Zensur kaum betroffen zu sein scheinen, weiß doch auch die staatliche Obrigkeit von ihrer Gefährlichkeit für Ruhe und Ordnung.

Wie gefährlich, das sollte sich erstaunlich früh und erstaunlich heftig zeigen. Von Bedeutung dabei war auch, dass es den Massen wie eben auch Zietz nicht nur um ein Versorgungsminimum für jeden, sondern um eine gerechte Verteilung ging. Letzteres war trotz der bereits 1915 einsetzenden Reglementierung rundweg nicht möglich, denn im Gegensatz zur armen Stadtbevölkerung konnte sich die wohlhabende Stadtbevölkerung Schwarzmarktware leisten und die Landbevölkerung war vom Mangel ohnehin kaum betroffen. Denn die miserable Versorgungslage war nicht schlechten Ernten, den Blockaden oder den kriegsbedingten Belastungen geschuldet, sondern der „Unfähigkeit der Reichsleitung, eine effektive Nahrungsmittelverwaltung aufzubauen“¹⁴. Diese Unfähigkeit kann als einer der von Zietz vorhergesagten „nicht wieder gutzumachenden Fehler“ gesehen werden, denn sie verursachte den später amtlich in dieser Höhe bezifferten Tod von 763.000 Menschen (im kollektiven Gedächtnis der Kriegsgeneration auch weiterhin besonders verhaftet war der „Kohlrübenwinter“ 1916/17) – ein Sterben, das nach dem Waffenstillstand ja auch nicht direkt aufhörte.¹⁵

Umgeben von Elend und Sterben konnten die Frauen, die sich ihrer geschlechtsspezifischen Prägung und der fortwährenden Propaganda gemäß als „Ernährerinnen“ und „Fürsorgerinnen“ ihrer Familien sahen, immer weniger unter Kontrolle gehalten werden. Den ersten Lebensmittelkrawall datiert der Historiker Richard J. Evans in seinem Grundlagenwerk, in welchem er eine beträchtliche Anzahl von Krawallen belegt, auf November 1915. Von da an gab es immer wieder welche – in Berlin, Aachen, Köln, Leipzig, Münster Frauen, die Fenster einwerfen ... Frauen, die mit Pferdemist Polizisten bewerfen und Geschäfte plündern (in Hamburg vom 18. bis 19. August 1915 gleich 57 Vorfälle) ... Proteste, die an Vehemenz wie auch an Teilnehmerzahl zunehmen ... stets proletarische (Haus-)Frauen, Kinder und Jugendliche mittendrin¹⁶ ... und dann schließlich auch Soldaten – wie z.B. die, die sich am 24. Mai 1918 in Erlangen mit 2.000 bis 3.000 hungernden Frauen und Kindern zusammenschlossen, um zum Rathaus zu marschieren und dessen Fenster einzuwerfen.¹⁷ Für Evans sind diese Formen und diese Auswüchse des Protestes ein Beleg dafür, dass es der proletarischen Frauenbewegung nicht gelungen war, „den Millionen verelendeter Frauen aus der Arbeiterklasse, die vom

¹⁴ Sönke Neitzel, *Weltkrieg und Revolution. 1914 – 1918/19*, Berlin-Brandenburg 2008, S. 137.

¹⁵ Ebd., S. 136. Neitzel bezieht sich hier auf Zahlen des Reichsgesundheitsministeriums in einer Denkschrift vom 16.12.1918 – ohne Einberechnung der letzten Grippewellenopfer.

¹⁶ Vgl. Richard J. Evans, *Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich*, Berlin, Bonn 1979, S. 299ff.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 300.

Krieg am unerbittlichsten getroffen worden waren, ein Organ zur Verfügung zu stellen, das ihnen geholfen hätte, ihre Bedürfnisse und Wünsche zu artikulieren“.¹⁸ Eine angesichts der mehrheitssozialdemokratischen Burgfriedenspolitik und Pressezensur ohne Frage zutreffende Analyse, obwohl es dann aber doch gerade den Bereich der Nahrungsmittelversorgung betreffend eine äußerst erfolgreiche SPD-Frauenorganisationsarbeit gab. Diese hatte regen Zulauf von Arbeiterinnen und sogar Arbeiterfrauen (letztere galten in ihrem Hausfrauendasein als besonders schwer zu organisieren), die sich anders beharren wollten als durch zivilen Ungehorsam.

„Freiwillige Nahrungsmittelpolizei“ und Massenproteste

Bereits 1916 erschien in der „Gleichheit“ ein bemerkenswerter Artikel des in Köln lebenden sozialdemokratischen Kommunalpolitikers und Parteiredakteurs Wilhelm Sollmann, in welchem dieser eine Gruppe von Frauen vorstellt, die seit einem Jahr als „Freiwillige Nahrungsmittelpolizei“ wertvolle politische und organisatorische Arbeit leistete. Da Sollmann als männlicher Parteipolitiker eine interessante Perspektive auf die Probleme der Frauenagitation hatte, soll sie hier etwas ausführlicher wiedergegeben werden: „Sobald der Schlachtenlärm sich von Deutschlands Grenzen entfernte, dafür aber im Lande selbst der Kampf mit einem angeblich neuen, für uns jedoch so alten ‘inneren Feind’ lebhafter einsetzte, sah ich mich in der Abwehr gegen den Wucher nach der Hilfe unserer Frauen um. Es wurde mir jeden Tag klarer, daß der Krieg gegen den Lebensmittelwucher vor allem das Werk der Frauen selbst sein mußte. Zunächst versuchte ich es mit den alten Mitteln: Vorträge in den Versammlungen, die damals alles andere als glänzend besucht waren. Als die Genossinnen in der Diskussion trotz unleugbarer großer Not nicht recht aus sich herausgingen, als sie der Redaktion trotz häufiger Aufforderungen auch nur sehr selten schriftlich ihre wachsenden Kriegssorgen mitteilten, wurde ich zunächst ein wenig pessimistisch und klagte mir selbst, wie schwer es doch sei, die Frauen zur Mitarbeit für ihre ureigensten Interessen heranzuziehen. Aus Erfahrung suchte ich aber den Grund des Mißerfolges in *organisatorischen* Mängeln und entschied mich dahin: wenn die Frauen öffentlich nicht reden wollen, wenn sie auch nicht schriftlich ihre zweifellos vorhandenen vielen und sehr schweren Sorgen äußern, so wird man durch *persönliche Rücksprache* mit einer ausreichend großen Zahl von Frauen das notwendige Material erlangen müssen.“

Es wurde deshalb aus allen wichtigeren Bezirken der Wahlkreisorganisation je eine fähige Genossin ausgesucht und so ein *Frauenbeirat für die Redaktion und den örtlichen Parteivorstand* geschaffen. Der Erfolg war über alle Erwartungen gut und hält nun schon ein ganzes Jahr an. Die etwa 12 bis 15 Frauen kommen nicht nur mit einer geradezu bewundernswerten Pünktlichkeit in die Sitzungen des Beirats für *Ernährungs- und Kriegsfürsorgefragen*, sondern erweisen dort eine genaue, klare Kenntnis, die sie in kurzen, sachlichen Sätzen

¹⁸ Ebd., S. 302.

äußern. Was wir von ihnen an Tatsachen und Anregungen gehört haben, hätte ich auf jedem anderen Wege unmöglich so gut und so regelmäßig erfahren können. Jede Sitzung war bisher ein voller Gewinn, denn jede Genossin kam mit Material, das sie in ihrem Bekanntenkreis gesammelt hatte. Bald waren die betreffenden Genossinnen bis weit über unsere Mitgliederkreise hinaus als eine Art 'Freiwillige Nahrungsmittelpolizei' bekannt, und Klagen und Beschwerden strömten ihnen zu. [...] Jede einigermaßen wichtige kommunale Ernährungsfrage wird ihm [dem Ernährungsbeirat] schleunigst zur Begutachtung vorgelegt, und mehr als einmal hat der Frauenrat uns den rechten Weg gewiesen.

Natürlich lernen auch die Frauen durch diese Sitzungen. Sie begreifen die Ernährungsschwierigkeiten in ihren Ursachen und Zusammenhängen und gewöhnen sich an knappe sachliche Verhandlungen. Aus diesem Ernährungsbeirat wurden wiederholt in das Rathaus Abordnungen entsandt, lediglich aus Frauen von Arbeitern und Privatbeamten bestehend.¹⁹

Die einen Frauen stürmten Rathäuser, die anderen entsandten Abordnungen dorthin – wie bereits schon zwischen proletarischer und bürgerlicher Frauenbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts wird auch hier wieder der taktische Gegensatz zwischen „Demonstrieren“ und „Petitionieren“ deutlich. Ebenfalls deutlich wird, dass Frauen sehr wohl an der Arbeit in „Räten“ beteiligt und ihr gewachsen gewesen waren – auch wenn es sich dabei um rein weiblich besetzte „Ernährungsbeiräte“ gehandelt hat. Wie schnell die bereits Ende 1915 beginnende Empörung der Frauen über den Zusammenbruch des Versorgungsnetzes in Form von spontanen Lebensmittelkrawallen, ihre Rufe nach Brot und Fleischmarken in Forderungen nach bedingungslosem Frieden übergingen²⁰, ist schwer auszumachen. Dagegen ist folgender Umstand sehr deutlich auszumachen: Kaum hatten die spontanen Aktionen der Frauen an Breite und Stetigkeit gewonnen, ging deren Führung in die Hände von Männern über, und der Schauplatz der Auseinandersetzung wechselte von der Straße vor den Läden in die Fabriken.²¹ Doch auch hier waren die Frauen ja kriegsbedingt präsent, wenn nicht sogar in einzelnen Betrieben in der Mehrheit und an Streiks bzw. Massenstreiks beteiligt. In der Literatur finden sich unterschiedliche Meinungen, welcher Massenstreik der wichtigste, der gewaltigste oder für die spätere Entwicklung bedeutsamste gewesen sein könnte.²²

¹⁹ Wilhelm Sollmann, Ein Ernährungsbeirat von Frauen. Ein Vorschlag eines Parteiredakteurs, in: *Die Gleichheit*, 26.1915/16, H. 25, S. 182-183. Sollmann schreibt diesem vorbildlichen Engagement der Frauen – darunter insbesondere die spätere Redakteurin der „Gleichheit“, Parteivorstandsmitglied, Gründerin der „Arbeiterwohlfahrt“ (AWO) und Reichstagsabgeordnete Marie Juchacz – zudem eine sehr positive Wirkung auf die Mitglieder- und Besucherzahlen der Frauenorganisationen und -abende zu. Hervorhebungen im Original.

²⁰ Vgl. Anja Weberling, *Zwischen Räten und Parteien. Frauenbewegung in Deutschland 1918/19*, Pfaffenweiler 1994, S. 13-14.

²¹ Vgl. ebd., S. 14.

²² Auch Weberling erachtet den von den Obleuten der Berliner Metallindustrie organisierten Streik vom Januar 1918 als größte Massenaktion vor der „Novemberrevolution“ und als einen

Geht es um die „Novemberrevolution“, so wird ohnehin oft übersehen, dass es erste Massenstreiks schon während des Krieges gab.²³ Erwähnung findet meist der große Munitionsarbeiterstreik vom Januar 1918 in Berlin, an dem sich 400.000 Rüstungsarbeiter und -arbeiterinnen, und zwar überwiegend Frauen, beteiligt haben, und der mehrtägige Streik in der Münchner Rüstungsindustrie Ende Januar 1918. Unberührt von der Frage nach Erfolg oder Bedeutsamkeit für den Revolutionsverlauf bleibt der Fakt: Waren auch noch so viele Frauen in den Fabriken tätig und an den Streiks beteiligt, in den großen Räten (z.B. im „Großberliner Vollzugsrat“ oder im „Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschland“) waren sie nicht und in den kommunalen Arbeiterräten nur vereinzelt vertreten. Warum war das so? Darauf wird es keine zufriedenstellende Antwort geben. Auf jeden Fall wäre es zu einfach, anzunehmen, dass, nur weil Frauen plötzlich die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ausmachten, sie auch in entsprechender Zahl in den revolutionären Gremien hätten repräsentiert sein können. Trotz aller ihnen schon zu Friedenszeiten gebotenen Optionen waren sie nie leicht zu organisieren oder gar für führende Positionen zu werben gewesen – dies war nach dem Krieg und auch trotz des dann errungenen Frauenwahlrechts nicht viel anders.

Antikriegsproteste und Forderungen nach Frauenwahlrecht

Mit Beginn des Krieges war es manchen Frauen und Frauenorganisationen als unpatriotisch erschienen, in dieser schweren Zeit weiterhin politisch Druck für das Frauenwahlrecht zu machen. Andere sahen es dagegen nun als umso wichtiger an, hartnäckig das „verdiente“ Bürgerrecht einzufordern. Im Frühjahr 1917 wurden die Forderungen nach Demokratie und Wahlrecht dann auch immer lauter und die Historikerin Kathleen Canning ist der Meinung, dass sich ab dieser Zeit die Frauen auch offener an den Protesten gegen den Krieg beteiligt hätten²⁴ – die Forderung nach Frieden und Freiheit trat vor diejenige nach Brot. Obwohl sich noch im Mai 1918 im preußischen Landtag erneut eine große Mehrheit von Abgeordneten gegen das Frauenwahlrecht aussprach, schienen die schlimmsten Befürchtungen der Frauenwahlrechtsgegner wie z.B. des „Bundes gegen die Frauenemanzipation“ wahr zu werden. Er hatte es schon 1914 als unvermeidlich angesehen, dass nach dem Krieg zumindest das kommunale Frauenwahlrecht kommen werde, denn er war sicher, dass „seitens der Regierung und der Volksvertretung eine *harmlose Bewilligungsfreudigkeit* herrschen [werde],

Wendepunkt, denn hier seien erstmals weniger ökonomische Forderungen als vielmehr innen- und außenpolitische Zielsetzungen formuliert worden – noch dazu gibt Weberling an, dass es in den anschließend gegründeten Ausschuss sogar eine Frau – Kläre Defert-Caspar – geschafft hat (zu deren Biographie ist jedoch nichts ermittelbar). Vgl. ebd., S. 14.

²³ Vgl. Renate Wurts, Frauen im Krieg und gegen den Krieg. In: Florence Hervé (Hrsg.), Brot & Rosen, a.a.O., S. 82-96, hier S. 96. Wurts sieht Liebknechts Verhaftung vom 1. Mai 1916 und den Gerichtsprozess im Juni quasi als „Auslöser“ dieser frühen Streikbewegungen.

²⁴ Kathleen Canning, Das Geschlecht der Revolution – Stimmrecht und Staatsbürgertum 1918/19, in: Alexander Gallus (Hrsg.), Die vergessene Revolution von 1918/19, Bonn 2010, S. 84-116, hier S. 100.

die alle Wünsche erfüllen möchte“²⁵ – sicherlich war der Bund dabei aber von einem gewonnenen Krieg ausgegangen. Ob nun aber aus „Bewilligungsfreudigkeit“ oder aus dem Umstand heraus, dass die Frauenstimmrechtsbewegung dem angeknacksten deutschen Staat immer wieder vor Augen führte, dass einige Reformen unvermeidbar sein würden – das Frauenwahlrecht war auf dem Weg. Als es schließlich Gesetz wurde, war es für viele sozialistische und bürgerlich-radikale Frauen eine Errungenschaft und Chance, die zukünftige Gesellschaft gerechter zu gestalten. Für nationalistische und konservative Frauen war es dagegen eine Last und ungeliebtes Hilfsmittel, um Schlimmeres als es die Revolution ohnehin schon war, zu verhindern.

Auch Canning betont in ihrem Essay „Stimmrecht und Staatsbürgertum 1918/19“²⁶, dass der große Zustrom von Frauen in die Organisationen sich „in spürbarer Distanz zu den Debatten in den männlich dominierten Räten“²⁷ vollzog und die hohe weibliche Wahlbeteiligung „in starkem Kontrast zu ihrer kaum auszumachenden Anwesenheit in der Rätebewegung“²⁸ stand. Hinzu kommt, dass diese zahlenmäßigen Erfolge zwar in ihrem politisierenden Aspekt nicht zu unterschätzen sind, aber oft den emanzipierenden Aspekt vermissen lassen. Ganz richtig wendet sich Canning „gegen die teleologische Annahme, das Wahlrecht hätte – ganz besonders unter den Bedingungen der Krise, unter denen die ersten Wahlen 1919 und 1920 stattfanden – überhaupt einen solchen grundlegenden Wandel wie Emanzipation hervorbringen können“²⁹. Angesichts der scharfen Widersprüche – hier Wahlrecht, dort Demobilisierungsgesetze – sei „Emanzipation ein falsches Konzept für das Verständnis dieser Periode tiefer Umbrüche“³⁰. Die Revolution 1918/19 als eine Periode des Umbruchs, die Demobilisierung als eine alle – auch die Frauen – und alles erfassende „seelische Erschütterung“, so nimmt es auch der bürgerliche Schriftsteller Josef Hofmiller wahr, wenn er in seinem Tagebuch festhielt: „Die Demobilisierung hat bei den Gemütern begonnen. Das ist schlimm, sehr schlimm. Die Stimmung ist früher da als die Ereignisse. Keine Hemmungen, keine Dämme, die Stimmung im Land ist furchtbar. Wer glaubt denn noch an einen guten Ausgang? ...“³¹

Ganz anders, aber nicht weniger skeptisch beurteilte Zetkin die Nachkriegslage. Sie sah sich in ihren Erwartungen an die von ihr in jahrzehntelanger Bil-

²⁵ Zit. nach: Die Gleichheit, 25.1914/15, H. 7, S. 40. Hervorhebungen im Original.

²⁶ Kathleen Canning, Das Geschlecht der Revolution, a.a.O., S. 90-91.

²⁷ Ebd.

²⁸ Ebd.

²⁹ Ebd., S. 92.

³⁰ Ebd.

³¹ Josef Hofmiller, Revolutionstagebuch 1918/19. Leipzig 1938, S. 21 (Eintragung 17.9.1918). Zit nach: Eberhard Kolb, 1918/19: Die steckengebliebene Revolution, in: Carola Stern / Heinrich A. Winkler, Wendepunkte deutscher Geschichte 1848 – 1945, Frankfurt am Main 1979, S. 87-109, hier S. 91.

dungsarbeit geschulten Proletarierinnen getäuscht – vom Wahlrecht allein hatte sie sich ohnehin nicht viel versprochen. Verbittert stellte sie, die nun für die kommunistische Frauenbewegung wirkte, für die sozialdemokratische nur fest, dass deren Organisatorinnen das „früher erworbene Vertrauen wie ihre ganze Kenntnis der Lage und Psychologie der werktätigen Frauen mißbrauchen, um diese zu gängeln, indem sie ihren antirevolutionären Kleinmut, ihre Furcht vor der Revolution nähren und bestärken“.³²

Hier die Ängste, was kommen würde, dort die Sorgen um das, was ausbleiben könnte. Die Revolution 1918/19 und die aus ihr hervorgegangene Weimarer Republik, ihre Protagonisten und insbesondere ihre Protagonistinnen geben noch ausreichend Anlass zu weiteren historischen Analysen – aber daraus ein „Rezept“ für eine (geschlechter)gerechte Demokratie zu ermitteln, wäre Wunschdenken.

³² Clara Zetkin, Die sozialdemokratische Frauenbewegung, in: dies.: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands. Erstausgabe 1928, Frankfurt am Main 1971, S. 153-161, hier S. 161.

Kleine Auswahlbibliographie: Novemberrevolution 1918/19 in „Z“ (ohne Buchbesprechungen)

Heft 109, März 2017

Gerhard Engel: Revolutionäre Matrosen und Bremer Arbeiterbewegung. Vom November 1918 bis zum Ende der Bremer Räterepublik im Februar 1919 (89ff.)

Heft 78, Juni 2009

Andreas Diers: Deutschlands Eintritt in die Moderne. Die ungeliebte Revolution 1918/19 und die Linke. VIII. Ständiges Kolloquium zur historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung, Berlin, 2009 (205ff.)

Heft 77, März 2009

Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in den Wochen der Revolution (23ff.)

Gerhard Engel: Räte und Revolution 1918/1919 (40ff.)

Frank Deppe: Zur aktuellen Bedeutung der Novemberrevolution (48ff.)

Peter Scherer: Die Bedeutung der Novemberrevolution 1918 für die deutsche und europäische Geschichte (62ff.)

Christoph Junke: Auf dem Weg zu einem neuen Sozialismus. Das unabgegoldene Erbe der Novemberrevolution (74ff.)

Gerd Deumlich: Revolution – Konterrevolution – Antikommunismus (86ff.)

Paul Oehlke: Offene Fragen gesellschaftlicher Transformation im Rückblick auf die Novemberrevolution (92ff.)

Heft 76, Dezember 2008

Peter Bathke: Novemberrevolution im Spiegel linker Historiker. Tagung von „Helle Panke“ und Rosa-Luxemburg-Stiftungen Berlin und Brandenburg, Berlin (185ff.)

Heft 72, Dezember 2007

Peter Scherer: Wem gehört der 9. November? Über Revolution, Konterrevolution und Antisemitismus 1918/1923/1938 (11ff.)

Heft 37, März 1999

Wolfgang Eichhorn: Revolution: Begriff und Realität im 20. Jahrhundert (151ff.)

Klaus Gietinger: Das Phänomen Rosa Luxemburg (Konferenzbericht) (165f.)

Heft 20, Dezember 1994

Wolfgang Küttler: 1789, 1917, 2000 Gedanken zum Verhältnis von Moderne und Revolution (72ff.)